

Wirtschaftskammer will mit Initiative Unternehmen entlasten

Vorstoss Die Wirtschaftskammer hat gestern vor den Medien ihre mit Spannung erwartete Gesetzesinitiative «Familie und Beruf» vorgestellt. Im Zentrum stehen dabei eine Änderung beim Krankentaggeld bei Mutterschaft und die Kita-Förderung

VON HOLGER FRANKE

«Wir haben uns zum Ziel gesetzt, dass das im Gesetz pickelhart festgeschrieben wird», machte Wirtschaftskammerpräsident Arnold Matt gestern unmissverständlich deutlich. Im Visier der Wirtschaftskammer ist dabei das jetzige Krankentaggeld bei Mutterschaft: «Der Entschädigungsanspruch von 20 Wochen soll in Zukunft von der FAK entrichtet werden, von der Familienausgleichskasse, die ja von den Einzahlungen der Unternehmen finanziert wird», machte Jürgen Nigg, Geschäftsführer der Wirtschaftskammer gestern deutlich. Bei einem Erfolg, könnte Mutterschaft endlich nicht mehr als Krankheit ansehen gesehen werden, sondern «als coole Sache für Frauen», so Nigg.

Forderungen sollen in das Gesetz

Ausserdem im Kern der Initiative: die Kita-Förderungen. Nach Willen der Wirtschaftskammer sollen die Tagessätze pro Betreuungsplatz für die Kindertagesstätten von 20 Franken, für die Tagesstruktur von 6 Franken und den Mittagstisch von 2 Franken, im Familienzulagengesetz festgelegt werden und nicht in einer Verordnung. Wie die Verantwortlichen der Wirtschaftskammer gestern betonten, würde die Initiative den Staatshaushalt

«Wir werden Mutterschaft endlich nicht mehr als Krankheit ansehen, sondern als coole Sache für Frauen.»

JÜRGEN NIGG
WIRTSCHAFTSKAMMER

nicht zusätzlich belasten, da die Kosten von der FAK getragen werden würden. Wie Jürgen Nigg gestern



Arnold Matt (links) und Jürgen Nigg stellen gestern die Initiative «Familie und Beruf» vor. (Foto: Michael Zanghellini)

argumentierte, würden sich die Kosten für das Mutterschaftsgeld gemäss des Krankenkassenverbandes auf etwa 6,5 Millionen Franken belaufen, der Unterstützungsbeitrag der Kitas werde von der Regierung auf etwa 1,5 Millionen Franken beziffert. Die Gesamtsumme von rund 8 Millionen Franken werde somit durch den durchschnittlichen Überschuss der FAK-Rechnung von

9,5 Millionen Franken ohne Abbau der Reserven finanziert. «Durch den Wegfall der Mutterschaftsgelder werden die Prämien für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer günstiger», stellte Nigg in Aussicht. Auch firmeninterne Kitas kämen ebenfalls in den Genuss der Unterstützung pro Betreuungsplatz. Mit der Initiative wird auch der Wiedereinstieg in die Berufswelt durch die finanzielle Unterstützung erleichtert. Zudem werde die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert und attraktiver. Spätestens im Februar, will die Wirtschaftskammer

ihre Initiative bei der Regierung zur Vorprüfung einreichen. Somit könnte der Landtag bereits im März die Zulässigkeit prüfen. Die nötigen 1000 Unterschriften dürfte die Wirtschaftskammer vermutlich relativ leicht zusammen bringen, sodass der Landtag das Initiativbegehren wohl schon im Juni behandeln könnte. Falls er nicht zustimmt, würde es vermutlich im September zu einer Volksabstimmung kommen. Erklärtes Ziel der Wirtschaftskammer ist es, dass das Gesetz per 1. Januar 2017 in Kraft tritt.

Wirtschaftskammer blickt auf ein herausforderndes Jahr zurück

Rückblick Die Verantwortlichen der Wirtschaftskammer Liechtenstein blickten gestern auf ein turbulentes Wirtschaftsjahr 2015 zurück, das von der Aufhebung des Mindestkurses durch die Schweizerische Nationalbank (SNB) überschattet wurde.

VON HOLGER FRANKE

Im vergangenen Jahr wurde von verschiedenen Seiten immer wieder betont, dass der Schritt der SNB für den Wirtschaftsstandort Liechtenstein ein Schock war. Immerhin jedoch haben die Unternehmen nicht überreagiert, wie Arnold Matt, Präsident der Wirtschaftskammer, gestern beim traditionellen Medienapéro verdeutlichte. «Die Betriebe haben ihre Zelte nicht abgebrochen, niemand ist in Panik verfallen. Wir haben aufgerufen, nicht in Euro zu zahlen, was bei unseren Mitgliedsbetrieben auch nicht eingerissen ist», verdeutlichte der Präsident der Wirtschaftskammer gestern beim traditionellen Medienapéro.

Herausforderndes Jahr

Abgesehen von den schwierigen Voraussetzungen konnte die Wirtschaftskammer im vergangenen Jahr nach eigenen Angaben Erfolge verbuchen. Beispielsweise habe die Bürokratieumfrage der Wirtschaftskammer in der Politik ihre Wirksamkeit gezeigt, wie Arnold Matt gestern betonte. Die Neuausrichtung der Berufsschau sei zudem der richtige Weg gewesen. Ausserdem habe die Zusammenarbeit der Wirtschaftskammer mit der liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer (LIHK) die Wichtigkeit der dualen Berufsausbildung bestätigt. «BerufsCheck.li» heisse die Antwort der Wirtschaft, machte Arnold Matt gestern noch einmal deutlich. Lediglich in der Gesetzgebung fand die Wirtschaftskammer nicht immer



Informierten beim Medienapéro der Wirtschaftskammer, von links: Edi Zorc (LLB), Heinz Knecht (LLB) sowie vonseiten der Wirtschaftskammer, Hans-Peter Tschüscher (Vizepräsident), Arnold Matt (Präsident), Jürgen Nigg (Geschäftsführer) und Isabell Schädler (Geschäftsführer-Stellvertreterin). (Foto: Michael Zanghellini)

Gehör, wie bei der KVG-Debatte, bei der die Forderung nach einer Plafonierung des Arbeitgeberanteils ungehört blieb. Insgesamt war es für die Wirtschaftskammer Liechtenstein einmal mehr ein herausforderndes Jahr. Die Liste der einzelnen Projekte ist entsprechend lang. Mit besonderer Zufriedenheit blickt die Wirtschaftskammer dabei auch auf die Tatsache, dass 160 Lernende ihre Berufsdiplome erhielten, und dass vier Verbundlernende der Wirtschaftskammer ihre Lehre abgeschlossen haben, fünf zusätzliche Verbundlernende starteten bei der Wirtschaftskammer. Mit besonderer Freude blickte man im vergangenen Jahr auch auf die WorldSkills, bei denen es am Ende Gold, Bronze und sechs Leistungsdiplome für Liechtenstein gab. Klar ist aber, dass auch das neue Jahr nicht einfach wird. So

werde der Einfluss der Frankenstärke und auch der zum Teil selbstgemachte Margendruck das Gewerbe auf den Prüfstand stellen, machte Arnold Matt deutlich. Die Betriebe müssten die Fixkosten senken und die Produktivität steigern, wenn sie am Markt erfolgreich bleiben wollen. Die Entwicklung der Rahmenbedingungen seien die grössten Herausforderungen der liechtensteinischen Wirtschaft und somit auch der Wirtschaftskammer. In diesem Zusammenhang nannte Matt stabile Unternehmenssteuern, finanzierbare Lohnnebenkosten sowie die Bewältigung des drohenden Fachkräftemangels in verschiedenen Branchen. Aber auch ein funktionierendes Bildungssystem, welches das notwendige und zukünftige Potenzial an Lernenden zur Verfügung stellt.

Ein erster Schritt in diesem Jahr ist bereits die neue Kooperation zwischen der Wirtschaftskammer und der LLB, bei der die Unterstützung der gewerblichen Wirtschaft im Zentrum steht. Im Mittelpunkt des gestern unterzeichneten Kooperationsvertrages steht die Unterstützung und Förderung von Eigentümern, Nachfolgern, Geschäftsleitern, Kadermitarbeitern und ergebnisverantwortlichen Personen der gewerblichen Wirtschaft in Liechtenstein.

Kooperation mit der LLB

Bis zur Jahresmitte will die Wirtschaftskammer zusammen mit der LLB weitere Kooperationsmöglichkeiten ausloten. Im Vordergrund sollen dabei Dienstleistungen und Produkte stehen, welche speziell dem heimischen Gewerbe dienen sollen.